



AfD-Fraktion Buxtehude, Am Klöterbusch 30 - 21614 Buxtehude

An die Hansestadt Buxtehude
Bürgermeisterin Frau Oldenburg-Schmidt
Bahnhofstraße 7

21614 Buxtehude

12.01.2017

Antrag: Erstellung eines behördenübergreifenden Sicherheitskonzepts für den öffentlichen Raum in Buxtehude.

Sehr geehrte Frau Oldenburg-Schmidt,

in der Hansestadt Buxtehude haben die Bürger zunehmend ein Gefühl der Unsicherheit im öffentlichen Raum. Die Ereignisse im Umfeld des Buxtehuder City Centers und brutale Gewaltdelikte auf dem Bahnhof in Buxtehude haben die Bevölkerung schockiert. Auch wenn die lokale Presse, aus welchen Gründen auch immer, teilweise über schwere Straftaten im öffentlichen Raum der Stadt nicht berichtet, tragen diese doch zur Verunsicherung der Bevölkerung bei.

Deshalb halten wir es für dringend erforderlich, dass mit allen Beteiligten über ein behördenübergreifendes Sicherheitskonzept für den öffentlichen Raum Buxtehude geredet wird. Die AfD schlägt aus den beispielhaft nachgenannten Gründen vor, eine Analyse der Sicherheitslage im öffentlichen Raum in Buxtehude zu erstellen, mit dem Ziel hier eine wesentliche Verbesserung zu erreichen.

Als Beispiel für die Notwendigkeit benennen wir den im Oktober am Bahnhof Buxtehude verübten gemeinschaftlichen Raub in Tateinheit mit schwerer Körperverletzung, begangen durch eine Tätergruppe südländischen Aussehens. Drei Verletzte Opfer mussten in den Krankenhäusern behandelt werden. Der Hauptgeschädigte erlitt dabei einen doppelten Kieferbruch und leidet bis heute unter starken Schmerzen. Eine normale Nahrungsaufnahme ist immer noch nicht möglich. Die Täter sollen durch die Videoüberwachung am Bahnhof Buxtehude und später am Ausstiegsbahnhof ermittelt worden sein. Sie befinden sich trotz der Schwere der Tat auf freiem Fuß.

Weiter gibt es Gerüchte, über bisher nicht offiziell bekannt gewordene Straftaten in der Stadt. Wir halten es für dringend erforderlich hier Klarheit zu schaffen.

Mit freundlichem Gruß

Maik Julitz, AfD-Fraktion Buxtehude